



HESSISCHER LANDTAG

22. 10. 2021

Kleine Anfrage

Karin Hartmann (SPD) und Manuela Strube (SPD) vom 10.06.2021

Ökonomische Bildung an Hessischen Schulen

und

Antwort

Kultusminister

Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland ein Mangel im Bereich ökonomischer Bildung an weiterführenden Schulen beklagt. Offensichtlich gelingt es nicht, ökonomische Bildungsinhalte vom Umfang eines normalen Nebenfaches im Lehrplan zu verankern. Eine hinreichende ökonomische Grundbildung ist jedoch notwendig, um komplexe wirtschaftliche Problemlagen, die die eigene Lebenssituation beeinflussen, analysieren und beurteilen zu können.

Vorbemerkung Kultusminister:

Die aktive Teilnahme an wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und die Gestaltung privater und beruflicher Lebenssituationen setzen ökonomische Bildung unabdingbar voraus. Hessen orientiert sich in Fragen der ökonomischen Bildung und der Finanzbildung an der Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur „Verbraucherbildung an Schulen“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013). Diese Empfehlung beinhaltet, dass das Thema „Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht (z.B. bewusster Umgang mit Geld, Finanzprodukte, Geldanlage, Kreditformen, private Absicherung und Altersvorsorge, Werbung und Konsum)“ alters- und zielgruppenspezifisch sowie schulform- bzw. schulstufenspezifisch in den schulischen Bildungs- und Erziehungsprozess integriert werden sollte. Die ökonomische Bildung ist daher eine fachübergreifende Aufgabe an hessischen Schulen. Inhalte, die der ökonomischen Bildung bzw. der Finanzbildung zuzuordnen sind, betreffen viele Fächer, insbesondere Politik und Wirtschaft, Arbeitslehre, aber auch Deutsch (z.B. Textverständnis), Mathematik (z.B. Grundrechenarten, Zinsrechnung), Geschichte (z.B. Wirtschafts- und Geldgeschichte) oder Erdkunde (z.B. Konsum, Ressourcenfrage, Globalisierung). Darüber hinaus ist die ökonomische Bildung an den beruflichen Schulen wesentlicher Bestandteil zahlreicher Unterrichtsfächer und es gibt auch wirtschaftliche Fachrichtungen, in denen es Wirtschaft als eigenständiges Fach gibt. Dies reicht von den kaufmännischen Berufen in der Teilzeitberufsschule bis zum Leistungskurs Wirtschaftslehre im beruflichen Gymnasium.

Das Leitfach der ökonomischen Bildung in Hessen ist das Fach Politik und Wirtschaft, das an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterrichtet wird. Mit diesem Verbundfach wird in Hessen der Ansatz verfolgt, dass Politik und Wirtschaft in einer so engen gegenseitigen Abhängigkeit stehen, dass weder Politik ohne Ökonomie noch Ökonomie ohne Politik verstanden werden kann. Schülerinnen und Schüler sollen in der Lage sein, die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu erkennen und angemessen zu beurteilen. Die angemessene Beschäftigung mit ökonomischen Themen im Unterricht erfordert multiperspektivische Herangehensweisen und auch die Auseinandersetzung mit kontroversen Positionen, wie es das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses vorsieht. Für die Hessische Landesregierung ist daher der fächerübergreifende Ansatz der ökonomischen Bildung mit dem Leitfach Politik und Wirtschaft zurzeit der zielführendste Weg, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ihre Rolle als aktive und politische Bürgerinnen und Bürger vorzubereiten.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin für Wissenschaft und Kunst wie folgt:

Frage 1. Wie viele Wirtschaftslehrkräfte gibt es in Hessen?

Die ökonomische Bildung ist an Hessens Schulen in mehreren Fächern verankert. Insgesamt gibt es 10.033 fachlich qualifizierte Lehrkräfte, die in Hessen ökonomische Bildung in

den entsprechenden Fächern mit Wirtschaftsbezug unterrichten. Berücksichtigt wurden bei dieser Auflistung berufliche Schulen, Förderschulen, Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen, Gymnasien, kooperative und integrierte Gesamtschulen sowie Schulen für Erwachsene.

Frage 2. Sieht die Landesregierung Nachholbedarf in diesem Bereich?
Wenn ja, welche Schritte wurden in den letzten Jahren unternommen um diesem gerecht zu werden?

Die ökonomische Bildung hat einen hohen Stellenwert an hessischen Schulen. Seit dem Jahr 2002 ist das Fach Politik und Wirtschaft das Leitfach der ökonomischen Bildung an den hessischen Schulen. Das Unterrichtsfach wird an Gymnasien, beruflichen Schulen, Gesamtschulen, Förderschulen, Schulen für Erwachsene und an Haupt- und Realschulen unterrichtet. Das Fach wird gemäß den Stundentafeln bzw. Belegverpflichtungen erteilt. Da das Fach Politik und Wirtschaft bereits im Jahr 2002 eingeführt wurde, steht eine genügende Anzahl entsprechend qualifizierter Lehrkräfte zur Verfügung.

Die kompetenzorientierten Kerncurricula für die Sekundarstufe I (KCH) sind zum Schuljahr 2011/2012 sowie die Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe (KCGO) zum Schuljahr 2016/2017 in Kraft getreten. Ökonomische Kompetenzen und Inhalte wurden im Kerncurriculum des Fachs Politik und Wirtschaft verankert. Die Kompetenzbeschreibungen im Kerncurriculum für die Sekundarstufe I (KCH) des Fachs Politik und Wirtschaft zeigen beispielhaft, dass im Unterricht ganz konkrete ökonomische Themen aufgegriffen werden, die vor allem die eigene Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler betreffen:

- Lebensverhältnisse von Menschen in Abhängigkeit von den natürlichen, wirtschaftlichen, politischen und den soziokulturellen Bedingungen zu beschreiben, zu unterscheiden und einzuordnen (Analysekompetenz),
- die eigene ökonomische Situation kriteriengeleitet zu analysieren (Analysekompetenz),
- Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen kriteriengeleitet zu analysieren (Analysekompetenz),
- Entscheidungen in Haushalt, Unternehmen und Staat kriteriengeleitet zu überprüfen und zu bewerten (Urteilskompetenz),
- die eigene ökonomische Situation aufgrund der geleisteten Analyse anhand von selbstständig entwickelten Maßstäben zu beurteilen (Urteilskompetenz),
- Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen selbstständig kritisch zu beurteilen (Urteilskompetenz) sowie
- Konsumententscheidungen als kritische Verbraucherinnen und Verbraucher – auch im Sinne von Nachhaltigkeit – begründet zu treffen (Handlungskompetenz).

Zudem können die Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2016/2017 an Schulen mit dem Fach Wirtschaftswissenschaften entscheiden, ob sie das Fach in der gesamten gymnasialen Oberstufe statt des Fachs Politik und Wirtschaft belegen. Dies bedeutet eine Aufwertung des Fachs Wirtschaftswissenschaften, das nicht mehr in der gymnasialen Oberstufe zusätzlich zu Politik und Wirtschaft belegt werden muss.

Für jedes Landesabitur werden im Rahmen des Fachs Politik und Wirtschaft Themenvorschläge für den Bereich „Wirtschaft“ erarbeitet. Die Wirtschaftsthemen werden von Schülerinnen und Schülern im schriftlichen Landesabitur oft ausgewählt. Rund 33 % der Schülerinnen und Schüler im Leistungskurs Politik und Wirtschaft und rund 30 % der Schülerinnen und Schüler im Grundkurs Politik und Wirtschaft wählten in den letzten Jahren den Abiturvorschlag mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt.

Nicht zuletzt erwähnt werden sollte die Weiterentwicklung der beruflichen Orientierung an hessischen Schulen, die eng mit der ökonomischen Bildung verknüpft ist. Über die Verordnung für Berufliche Orientierung (VOBO) vom 17. Juli 2018 wurde die Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden sowie weiteren Wirtschaftspartnern gestützt, mindestens eine Kooperation mit einem Unternehmen oder einem Betrieb oder einer Hochschule wurde als verpflichtend festgelegt sowie die Anzahl der zu leistenden Betriebspraktika erhöht.

Frage 3. Soll in Zukunft sichergestellt werden, dass das Fach Ökonomische Bildung an weiterführenden Schulen den Umfang eines normalen Nebenfachs erreicht?
Wenn ja, wie?

Politik und Wirtschaft ist ein seit Jahren etabliertes und bewährtes Unterrichtsfach. In Gesamtschulen kann es sogar als Hauptfach „Gesellschaftslehre“ unterrichtet werden. Der Anteil der ökonomischen Themen und Kompetenzen wurde in den letzten Jahren in dem Fach deutlich erhöht. So sind rund drei Viertel der lernzeitbezogenen Kompetenzerwartungen im Kerncurriculum für die Sekundarstufe I in Politik und Wirtschaft auch auf ökonomische Themen bezogen. Darüber hinaus gibt es im Kerncurriculum für die Sekundarstufe I in Politik und Wirtschaft ein eigenes Inhaltsfeld „Wirtschaft“.

Wirtschaftliche Themenstellungen sind jedoch nicht nur auf die Sekundarstufe I beschränkt. Nahezu alle Kurshalbjahre des Unterrichts im Fach Politik und Wirtschaft weisen in der gymnasialen Oberstufe Themenfelder auf, die Wirtschaftsthemen enthalten. Hinzu kommt, dass das Fach Politik und Wirtschaft in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe mit mindestens drei Wochenstunden unterrichtet werden muss und somit die identische Unterrichtszeit vorgesehen ist wie in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen und im Fach Geschichte.

Das Kurshalbjahr der Q2 „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft“ ist zudem für alle Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe verpflichtend. Zwei Kurshalbjahre des Fachs müssen in die Gesamtqualifikation für das Abitur eingebracht werden. Und auch künftig wird das Fach einen hohen Stellenwert haben, nicht zuletzt aufgrund von aktuellen Entwicklungen. Die Hessische Landesregierung prüft daher eine Stärkung des Unterrichts im Fach Politik und Wirtschaft.

Da Unterrichtsinhalte und zu belegende Fächer mit Rücksicht auf die Belastung der Schülerinnen und Schüler nicht beliebig ausweitbar sind, würde die Einführung eines neuen eigenständigen Fachs „Wirtschaft“ auf Kosten anderer Unterrichtsinhalte, zum Beispiel der politischen Bildung, gehen. Gleiches gilt für eine größere Ausweitung ökonomischer Inhalte im Verbundfach Politik und Wirtschaft. Gerade in Zeiten, in denen insbesondere eine Stärkung der politischen Bildung und der Demokratieerziehung immer wieder eingefordert werden, ist eine Kürzung im Bereich der politischen Bildung von Seiten der Hessischen Landesregierung nicht beabsichtigt.

Frage 4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Ausbildung der Lehrkräfte, welche das Fach Politik & Wirtschaft unterrichten, zufriedenstellend ist?

Der Zugang zu dem Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft ist im Lehramtsstudium über verschiedene Fachbereiche möglich. Hierzu können Studien in den Fachbereichen Politologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften Zulassungsvoraussetzung sein. Diese liefern jeweils unterschiedliche Ansätze, um den Blick auf das, was das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft ausmacht, zu schärfen und zu vertiefen. Durch diese unterschiedlichen Ansätze wird ein einseitiger Blick auf die Gegenstände dieses Unterrichtsfaches vermieden.

In der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung werden diese unterschiedlichen Ansätze in den jeweiligen Fachmodulen zusammengeführt und für die Unterrichtspraxis erschlossen. Dabei spielen auch der Zugang und das Erschließen von aktuellen Themen für den Unterrichtsalltag eine Rolle.

Frage 5. Wie sollen die Möglichkeiten, innerhalb des Lehramtsstudiums ökonomische Kompetenzen zu erwerben, verbessert werden?

Gemäß § 15 der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLb-GDV) basiert das Studium eines Lehramts auf den lehramtsbezogenen Vereinbarungen der KMK (Rahmenvereinbarungen über die Ausbildung und Prüfung in den einzelnen Lehramtstypen, Standards für die Lehrerbildung) und den hessischen Lehrplänen der Fächer. Damit ist festgelegt, dass im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, insbesondere für das Studium des Fachs Politik und Wirtschaft, ökonomische Inhalte auch in der Lehrerbildung vermittelt werden. Darüber hinaus können Studierende an einzelnen Universitäten im Rahmen der Bildungswissenschaften auch Veranstaltungen mit ökonomischen Schwerpunkt besuchen.

Ebenso gilt für die zweite Phase der Lehrerbildung, dass die Kompetenzen, die für ein Schulfach essentiell sind, auch Inhalt der Ausbildung sein müssen. Zudem können entsprechende Kompetenzen in den überfachlichen Modulen und Ausbildungsveranstaltungen gefördert werden.

Darüber hinaus können mögliche Anpassungen und ggf. Verbesserungen in allen Studienfächern grundsätzlich vorgenommen werden. Dies trifft jedoch nicht allein auf die ökonomische Bildung zu. Darüber hinaus sind andere Faktoren, wie weitere Inhalte des Schulfachs (zum Beispiel die politische Bildung) oder die Studiendauer zu beachten, die einen reglementierenden Rahmen für das Studienfach haben können. Ergänzend wird zur Konzeption des Fachs Politik und Wirtschaft auf die Vorbemerkung verwiesen.

Frage 6. An welchen Hochschulstandorten werden in welchem Umfang Wirtschaftslehrkräfte ausgebildet?

Die amtliche Statistik kennt den Studiengang „Wirtschaftslehre“ nicht. Daher werden zur Beantwortung der Frage die Studienfächer „Politik und Wirtschaft“, „Arbeitslehre/Wirtschaftslehre“ und „Wirtschaftspädagogik“ betrachtet. Auf die Anlage wird verwiesen.

Darüber hinaus qualifiziert die Studienrichtung 2 des Studiengangs Wirtschaftspädagogik an der Goethe-Universität (GU) für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen im kaufmännischen Bereich. Laut Auskunft der GU studierten im Wintersemester 2020/2021 insgesamt 194 Studierende (Bachelor und Master) Wirtschaftspädagogik in dieser Studienrichtung.

Frage 7. Inwieweit wird in der Lehrerfortbildung die Weiterqualifizierung für das Fach „Ökonomische Bildung“ angeboten?

Seit dem Schuljahr 2018/2019 werden in Hessen von der hessischen Lehrkräfteakademie in allen vier Schulamtsverbänden Fortbildungen zur ökonomischen Bildung und zur Verbraucherbildung angeboten.

Die Fortbildungen richten sich vor allem an Lehrkräfte in der Sekundarstufe I und II, die die Fächer Politik und Wirtschaft, Gesellschaftslehre oder Arbeitslehre unterrichten; sie stehen aber grundsätzlich allen Lehrkräften offen, da die ökonomische Bildung eine fachübergreifende Aufgabe darstellt. Im Rahmen der praxisbezogenen Veranstaltungen, die auch während der Pandemie im Online-Format stattfinden, werden u.a. geeignete Unterrichtsmaterialien zur Finanz- und Verbraucherbildung bzw. zur ökonomischen Bildung vorgestellt und konkret einsetzbare Unterrichtsreihen entwickelt. Zudem informieren Expertinnen und Experten über werbefreie außerschulische Angebote.

Für die Sekundarstufe I liegt der Schwerpunkt auf der Finanz- und Verbraucherbildung (Konsum und Ethik, Sparen und Versichern, Wirtschafts- und Finanzpolitik). Die Fortbildungsangebote zur ökonomischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe werden in Kooperation mit der Deutschen Bundesbank angeboten. Hier liegt der Schwerpunkt auf volkswirtschaftlichen Themen (beispielsweise Geldpolitik, Wechselkurse und Staatsverschuldung in Zeiten internationaler Wirtschaftskonflikte, Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, Grundlagen und aktueller Stand der Staatsverschuldung).

Im aktuellen Schuljahr 2021/2022 soll bezüglich des Fortbildungsangebots ein Schwerpunkt auf die Finanz- und Verbraucherbildung in der Sekundarstufe I gelegt werden. Die Einbindung externer Kooperationspartner (Deutsche Bundesbank, Verbraucherzentrale Hessen e.V.) ist hierfür in Planung.

Am 7. Juli 2021 fand zudem der zweite Hessische Tag der Verbraucherbildung statt – pandemiebedingt in diesem Jahr als schulische Veranstaltung mit einer hessenweiten digitalen Fortbildung für Lehrkräfte. Kooperationspartner der Veranstaltung sind u.a. die Deutsche Bundesbank und die Hessische Verbraucherzentrale. An dem Tag widmeten sich Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen der Hohen Landesschule in Hanau der Finanz- und Verbraucherbildung und besuchten Workshops zu den Themen „Finanzen und Verbraucherrecht“, „Medien und Information“ oder „Nachhaltiger Konsum“. Es ist beabsichtigt, regelmäßig einen Tag der Verbraucherbildung als hessenweite Fortbildungsveranstaltung mit Hospitationsmöglichkeiten für Lehrkräfte durchzuführen (in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der Pandemie).

Wiesbaden, 11. Oktober 2021

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Anlagen

Studierende im Lehramt im Wintersemester 2020/2021 an hessischen Hochschulen in ausgewählten Studienfächern			
Hochschule	Studienfach (SF)	Studierende im	
		1. SF	2. SF
Technische Universität Darmstadt (TUD)	Politik und Wirtschaft	34	43
Justus-Liebig Universität Gießen (JLU)	Arbeitslehre/Wirtschaftslehre	53	106
	Politik und Wirtschaft	186	555
Universität Kassel	Arbeitslehre/Wirtschaftslehre	86	152
	Politik und Wirtschaft	188	621
	Wirtschaftspädagogik	707	0
Philipps-Universität Marburg (UMR)	Politik und Wirtschaft	135	142

An der Goethe-Universität Frankfurt am Main (GU) werden die Studierenden in „Politik und Wirtschaft“ zum Fach „Sozialkunde“ gezählt. Darunter befanden sich nach Angaben der Universität 529 Studierende in „Politik und Wirtschaft“.